



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Auslande monatlich 1,75 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Bezugspreis bei der Oberamtspostamt Wildbad 2 Pf. — Postamt: Enzthalbahn Station Wildbad. — Postfach: 29174. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 287.

Reich und Länder

Vortrag des württembergischen Staatspräsidenten Bazille auf der Länderkonferenz in Berlin am 16. Januar

II.

Die fundamentalen Grundzüge der Bismarckschen Verfassung

Bismarck stand vor der Aufgabe, die auch die Aufgabe der Gegenwart ist, die kraftvolle Leitung der Reichsangelegenheiten mit der Teilnahme sämtlicher Einzelstaaten an der Regierung des Reichs zu verbinden und die notwendige Einheit des deutschen Volks zu sichern, ohne die Selbständigkeit der Einzelstaaten zu vernichten.

In der Bismarckschen Verfassung sind sechs fundamentale politische Grundlagen erkennbar:

1. Wie ein wirklicher Baumeister hat er das Reich von unten aufgebaut, auf den deutschen Staaten, die die stärksten realen Mächte innerhalb Deutschlands zur Zeit der Reichsgründung waren. Die Vernachlässigung dieser Mächte hat im Jahr 1848 und 1849 die Bestrebungen der Frankfurter Paulskirche zum Scheitern gebracht und hat in der Gegenwart schon schwere Schäden hervorgerufen.

2. Die völlige gleiche Behandlung Preußens mit den übrigen deutschen Staaten war im Gegensatz zu dem in der nordamerikanischen Union und der Schweiz durchgeführten Grundsatz unmöglich, nicht nur wegen der verschiedenen historischen Entwicklung und den anderen politischen Aufgaben Deutschlands, sondern auch wegen der überragenden Größe des preußischen Staats, der rund zwei Drittel des deutschen Volks umfaßt. Eine Loslösung der Reichsregierung von der preußischen Regierung hätte deshalb unvermeidlich schwere Konflikte und beständige Reibungen im Gefolge gehabt. Diese Gefahren vermied Bismarck durch die organische Verbindung des Kaisertums mit dem preußischen Königtum.

3. Die Preußen so gewährte Hegemoniestellung erzeugte jedoch die Gefahr, daß die anderen deutschen Staaten zu preußischen Vasallenstaaten herabgedrückt wurden. Das Gegengewicht gegen Preußen schuf Bismarck im Bundesrat, den er zum Träger der Souveränität machte und in dem er der preußischen Regierung nur so wenig Stimmen im Verhältnis zur Gesamtzahl gab, daß die anderen Länder durch Abstimmungen nicht vergeblich werden konnten. Unter den 58 Stimmen hatte Preußen nur 17. Auf der anderen Seite war Preußen dagegen gesichert, daß die Verfassung gegen seinen Willen abgeändert werden konnte, da nach Art. 78 der alten Verfassung Verfassungsänderungen als abgelehnt galten, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich hatten.

Der Bundesrat war eine besonders effiziente Schöpfung auch insofern, als er die notwendigen Beziehungen zwischen Gesetzgebung und Verwaltung herstellte, die dem Reichstag fehlten. Die Männer, die im Bundesrat saßen, kannten die Verwaltung auch in ihren Einzelheiten, was man von den Abgeordneten des Reichstags im allgemeinen nicht sagen kann.

4. Bei kollegialer Organisation des Trägers der Staatsgewalt entfiel leicht der Nachteil, daß eine kraftvolle, schnelle, einheitliche Leitung derjenigen Gebiete des öffentlichen Lebens unmöglich ist, die eine solche unbedingt erfordern, nämlich der auswärtigen Politik und des Wehrwesens. Die Bismarcksche Verfassung vermied diese Gefahren, indem sie die Leitung dieser Gebiete nicht dem Bundesrat, sondern dem Kaiser gab, dem sichtbaren Repräsentanten der Einheit des deutschen Volks.

5. Es zeugt von einer tiefen Einsicht in die seelische Organisation der germanischen Völker, daß Bismarck die Reichszuständigkeit auf das unbedingt Erforderliche beschränkte und die Zuständigkeiten der Länder im übrigen unberührt ließ. Damit befand er sich in Übereinstimmung mit dem großen Nationalökonom Friedrich List.

6. Endlich hielt Bismarck es für notwendig, daß die Krone und der Reichstag Nachfaktoren gleichen Rangs seien und bleiben. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ wendet er sich gegen den monarchischen Absolutismus; aber ebenso bekämpfte er für Deutschland das parlamentarische System, von dessen Einführung er den Zerfall des Reichs befürchtete.

Im ganzen betrachtet, bildet die Bismarcksche Verfassung ein System von Gewichten und Gegengewichten, indem jedes Gewicht mit seiner vollen Kraft wirken konnte, ohne die Wirksamkeit der anderen zu vernichten.

III.

Preisgabe der Grundzüge der Bismarckschen Politik in der Weimarer Verfassung

Das von Bismarck erstrebte Gleichgewicht zwischen Krone und Volksvertretung ist vor dem Krieg teilweise zum Nachteil der Volksvertretung, während des Kriegs dagegen immer mehr zum Nachteil der Regierung verändert worden, so daß man schließlich mit Recht von der Revolution von oben sprechen konnte. Hatte man indessen bis zur Revolution immer noch das wichtige Grundgesetz geltenden politischen Lebens, das Gesetz des langjähri-

Tagespiegel

Eine Versammlung von mehr als 2000 schleswig-holsteinischen Bauern fandte eine Entschlieung nach Berlin, in der an das Reich und den preussischen Staat bestimmte Forderungen gestellt werden, um der außerordentlichen Not der Landwirtschaft in der Provinz abzuhelfen. Die Regierung wird bis 25. Januar um Antwort ersucht. Erfolge keine oder eine ablehnende Antwort, so betrachte sich die Landwirtschaft als rechtlos, aber auch als aller Pflichten gegen den Staat (Steuern usw.) ledig. Der Landbund und andere landw. Verbände, sowie die anwesenden Parlamentarier wurden aufgefordert, sich auf keine Vertröstungen mehr einzulassen.

Der Londoner „Daily Express“ will wissen, die Leitung der konservativen Partei in England plane für dieses Jahr parlamentarische Neuwahlen.

nischen Wachstums und Werdens wenigstens einigermaßen beachtet, so fand das mit der Revolution ein plötzliches Ende.

Die Nationalversammlung in Weimar ist aber nicht nur von den Forderungen dieses Gesetzes unnötig weit abgewichen, sondern sie hat auch das andere wichtige politische Grundgesetz, das der Relativität, mißachtet, nach dem die Richtigkeit und die Wohltat von Einrichtungen abhängig sind von Zeit und Ort, so daß eine Einrichtung zwar sehr wohl zu gewissen Zeiten und in bestimmten Ländern gut und segensreich sein kann, die in anderen Ländern und zu anderen Zeiten nur Schaden stiftet. Die Weimarer Verfassung hat die politischen Grundzüge Bismarcks, namentlich in folgenden Punkten, preisgegeben:

1. Sie hat die neue Verfassung nicht von unten aufgebaut, auf dem alten Fundament, den Einzelstaaten, offenbar weil sie davon ausging, daß diese ihre Bedeutung durch Wegfall der Monarchien verloren haben, ein Irrtum, der jetzt schon zu schweren Störungen des deutschen Verfassungsgesetzes geführt hat und weiterhin führen wird, wenn man sich nicht von ihm loslöst.

Wie die Gemeinden die Grundlagen des Staats, so sind die deutschen Staaten die Grundlagen des Reichs. Deshalb war der Bundesrat der Träger der Souveränität, während der Reichsrat nur ein Schatten ohne Körper ist. Die Mitwirkung der Länder an der Regierung des Reichs ist in unwürdiger Weise herabgedrückt.

2. Nach den Lehren der Jahrhunderte ist für das deutsche Volk ein Krisenstadium unentbehrlich. Bismarck machte dazu die Institution des Kaisertums. In der Republik kann das aber nicht der Reichstag, sondern nur der Reichspräsident sein. Die Weimarer Verfassung hat dieses Amt mit so wenig Befugnissen ausgestattet, daß der Reichspräsident nicht die Macht hat, verkehrte Gesetze zu verhindern und die auseinanderstrebenden Kräfte des Volks zur Einheit zusammenzufassen.

3. Durch Aufhebung der organischen Verbindung von Reichsregierung und preussischer Landesregierung schuf die Weimarer Verfassung einen schädlichen Dualismus zwischen dem Reich und Preußen.

4. Die Verfassung von Weimar schuf auch im Gegensatz zu allen anderen Ländern kein wirksames Gegengewicht gegen die Allmacht des Reichstags, die aus der doktrinären Auffassung des Begriffs „Volksouveränität“ entspringen ist. Dieser Fehler im Bau der Verfassung ist der gefährlichste von allen.

5. Die Weimarer Verfassung dehnte die Zuständigkeit des Reichs weit über das gebotene Bedürfnis hinaus aus.

6. Das Gegengewicht gegen die Hegemoniestellung Preußens, dessen Bevölkerung sowohl bei der Wahl des Reichspräsidenten als des Reichstags etwa zwei Drittel aller Stimmen hat, ist im Gegensatz zur Verfassung Bismarcks insofern verringert, als jetzt fast alle Macht beim Reichstag ist, der zu zwei Drittel aus preussischen Abgeordneten besteht und als Preußen im Reichsrat jetzt verhältnismäßig weit mehr Stimmen hat als es im Bundesrat hatte.

Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft

Referat des preuß. Finanzministers Höppler-Aichhoff

Am zweiten Sitzungstag der Länderkonferenz führte der preussische Finanzminister Höppler-Aichhoff aus: Die Haushaltsgesetze der Regierungen in Deutschland haben eine andere Stellung gegenüber dem Parlament als in England und Frankreich. In Deutschland sei der größte Teil der Staatsausgaben zwangsläufig und auch ohne Bewilligung durch das Parlament möglich. Es bestehe ferner keine Verpflichtung der Regierung, die im Haushaltsgesetz vorgesehenen Mittel wirklich auszugeben. In England habe sich dagegen das Unterhaus eine wohlthätige Selbstbeschränkung durch seine Geschäftsordnung auferlegt durch die Festlegung, daß Anträge auf Mehrausgaben nur mit Zustimmung der Regierung eingebracht werden können. Eine solche Bestimmung wäre auch im Reich und in den Ländern wünschenswert. Reichstag und Landtage sollen ferner die Einnahmen im

Haushaltplan nicht höher einstellen dürfen, als von der Regierung verlangt ist. Ferner müsse durch die Geschäftsordnung zum Ausdruck gebracht werden, daß Anleihe-gesetze nicht als Initiativanträge eingebracht werden dürfen. Die Haushaltsordnung des Reichs führe die wichtige Vorschrift, daß der Reichsfinanzminister im Kabinett ein Einspruchsrecht bei der Aufstellung des Haushaltsplans habe, und nur in der zweiten Abstimmung könne der Reichsfinanzminister durch eine Kabinettsmehrheit, der auch der Reichstagsrat angehören muß, überstimmt werden. In dieser Beziehung sei eine Stärkung der Rechte auch der Landesfinanzminister wünschenswert. Um ein weiteres Ansteigen des öffentlichen Haushalts zu verhindern, müßte die Bestimmung getroffen werden, daß Erhöhungen gegenüber dem Vorjahr nur mit Zustimmung des Finanzministers vorgenommen werden dürfen. Es sei aber davor zu warnen, gegebenenfalls dritte Stellen, wie etwa den Reichspräsidenten oder den Sparkommissar einzuschalten. Er sei auch gegen ein Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers gegenüber den Ländern. Die Schranke, die die Beratungsstelle für Länder und Gemeinden sei, dürfe nicht noch weiter erhöht werden.

Der neue Föderalismus

Finanzminister Höppler-Aichhoff stellte ferner drei Tatsachen fest:

1. daß die süddeutschen Staaten den Einheitsstaat ablehnen,

2. daß die norddeutschen Länder die Aufnahme in den preussischen Staatsverband ablehnen und ein Groß-Preußen nicht wollen und

3. daß die Umwandlung einzelner Länder in Reichsländer undurchführbar ist, weil sie keinen Fortschritt, sondern nur eine Veränderung in der Spitze bedeuten würde, indem an die Stelle der bisherigen Länderregierungen die Reichsregierung treten, im übrigen aber alles beim alten bleiben würde.

Der erste Mangel, die Zersplitterung Norddeutschlands, sei ein Hemmnis für jede vernünftige Verwaltungsreform, aber auch für die Entwicklung der Wirtschaft. Der zweite Hauptmangel liegt im Dualismus des Reichs und der Länder und im Dualismus insbesondere zwischen Reich und Preußen und damit doppelte Arbeit in Gesetzgebung und Verwaltung im Reich und in Preußen. Man werde aber dem Reich diese Aufgaben niemals nehmen können. Die Siedlung sei keine Aufgabe der Länder, sondern des ganzen Reichs, ebenso die Behebung der Wohnungsnot und der Wohnungsbau überhaupt.

So gebe es nur die Wahl: Entweder den bestehenden Zustand hinzunehmen, oder aber einschließen auf dem Weg weiterzugehen, der beschritten worden ist.

Der Redner verteidigte sodann seinen bereits in einer Schrift veröffentlichten Vorschlag eines „neuen Föderalismus“. Danach soll ein Reich gebildet werden, das einerseits aus norddeutschen, andererseits aus süddeutschen Ländern bestehen würde. Dabei bethe Teile ein verschiedenes Gefüge hätten. Der juristische Unterschied würde darin liegen, daß die süddeutschen Länder ihre Machtbefugnisse kraft eigenen Rechts ausüben würden und die norddeutschen Länder ihre Machtbefugnisse als abgeleitetes Recht auf Grund der Gesetzgebung des Reichs ausüben würden. Ein zweiter Unterschied würde in der Gestaltung der Regierungen liegen: In den süddeutschen Ländern das parlamentarische System, in den norddeutschen Ländern etwa ein System nach dem Vorbild, das wir jetzt in den preussischen Provinzialverwaltungen haben, also Provinzialregierungen, die durch die Provinziallandtage auf Zeit gewählt werden.

Es wurde dann noch der Vorschlag gemacht, die Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zur Ausarbeitung eines Gutachtens dem Verfassungsausschuß des Reichstags zu übergeben, der befugt sein soll, zu seinen Arbeiten Sachverständige beizuziehen.

Die Verwaltungsvereinfachung

Der sächsische Innenminister Dr. Apelt wies auf den engen Zusammenhang hin, der zwischen der Verfassungs- und der Verwaltungsreform bestehe. Die Sparmöglichkeiten dürften allerdings nicht überschätzt werden. Der Minister ist der Auffassung, daß das ganze Problem nach zwei Richtungen hin durchgearbeitet werden muß: 1. in der Richtung der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung; 2. durch eine möglichst weitgehende Rechtsangleichung auf dem Gebiet der Verwaltung innerhalb Deutschlands.

Der bayerische Innenminister Dr. Stükel erklärte, die Verwaltungsreform in Bayern müsse nach bayerischen Gesichtspunkten und Bedürfnissen durchgeführt werden. Das Kernstück der gesamten Verwaltungsreform sei die Vereinigung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern durch Festlegung ihrer Betätigungsbereiche unter Stärkung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs, aber ohne

grundstürzende Aenderung des verfassungsrechtlichen Wesens des Reichs. Es ergeben sich folgende Forderungen:

1. muß das Reich sich auf Ausschöpfung der Zuständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung auf wirklich reichswirtschaftliche Angelegenheiten und besonders in der Gesetzgebung auf Rahmengesetze beschränken;
2. ist auf einem Gebiet der Gesetzgebung oder Verwaltung einheitliche Regelung erwünscht, und durch Vereinbarungen der Länder erzielbar, so ist dieser Weg einzuschlagen;
3. der Vollzug der Reichsgesetze muß grundsätzlich den Ländern zustehen. Ausnahmen sind auf unabsehbare Notwendigkeiten zu beschränken.
4. Der Aufbau weiterer Reichsverwaltungsbehörden ist, weil er zur Aufspaltung der Länderverwaltung führt, zu unterlassen. Bestehende Reichsverwaltungsbehörden sind auf ihre unbedingte Notwendigkeit nachzuprüfen und, soweit möglich, abzubauen.
5. Bei den Fonds ist die Reichswichtigkeit der Zwecke auf Reichsunterbehörlichkeit nachzuprüfen. Fonds für Zwecke, die zur Zuständigkeit der Länder gehören, sind zu besetzen. Beim Finanzausgleich ist dies entsprechend zu berücksichtigen. Bestehende Fonds sind grundsätzlich schlüsselfähig und nur über die Landesregierung zu verteilen.

Das „Parlament der Minister“ wird am Mittwoch geschlossen. Von den Vätern wird als Ergebnis festgestellt, daß die Konferenz zunächst bewiesen habe, daß der „Einheitsstaat“ keineswegs billiger sei als der Bundesstaat, daß weiterhin über die Form des Einheitsstaats nicht ein klarer Gedanke vorgetragen worden sei, daß er überhaupt von der Mehrheit abgelehnt werde. Großen Eindruck machte die mit erhobener Stimme abgegebene Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Feld, Bayern werde sich niemals in einen Einheitsstaat irgendwelcher Form hinein drängen lassen.

Neueste Nachrichten

Gegen die Getränkesteuer des Städtebundes

Berlin, 18. Januar. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft erheben in einem Schreiben an den Vorsitzenden des deutschen Städtetages, D. Mulert, Einspruch dagegen, daß der Städtetag in seiner Werbung für die Wiedereinführung der Getränkesteuer die Verbände der Wohlfahrtspflege, der Frauenbewegung, der Abstinenzler usw. vor seinen Wagen spannen wolle. Niemand werde etwas dagegen einzuwenden haben, wenn der Alkoholmißbrauch bekämpft werde. Aber die eigentliche Absicht des Städtetages, durch die Getränkesteuer mehr Gelder einzutreiben, mit Wohlfahrtszwecken zu bemänteln, sei unmoralisch und müsse zurückgewiesen werden.

Der Schulstreik in Braunschweig

Braunschweig, 18. Jan. Die neue Regierung der Linken hat, wie bereits berichtet, die Bekennerschulen in Braunschweig wieder abgeschafft. Der Evangelische Elternbund hat dagegen telegraphisch beim Reichsminister des Innern Einspruch erhoben. Reichsminister v. Kundell antwortete, daß die braunschweigischen Schulen zweifellos den Charakter der Bekennerschulen tragen, wie es durch das Gemeindegeseß von 1913 festgelegt wurde. Ehe er ausführlicher Stellung nehme, müsse er den Bericht der braunschweigischen Schulbehörde abwarten.

Der Waffenschmuggel von Szent-Gothard

Belgrad, 18. Jan. Die Staaten des Kleinen Verbands werden in einer gemeinsamen Note an das Sekretariat des Völkerverbands die Untersuchung der Einschmuggelung von Maschinengewehren nach Ungarn aus Italien fordern.

Unterwerfung der Senussi

Rom, 18. Januar. Die ausländischen Senussi, die den Italienern in Tripolis und in Cyrenaika (Nordafrika) lange Zeit schwer zu schaffen machten, haben sich unterworfen. Der Führer Said Mohammed Reda wird in die Verbannung nach Sizilien verbracht.

Weitere Einschränkung des englischen Flottenbaus

London, 18. Jan. Die Regierung hat beschlossen, im Baujahr 1928/29 statt drei nur zwei Kreuzer von 8000 Tonnen auf Stapel zu legen. Von dieser Klasse sollen bis 1929 nur drei statt vier gebaut werden, dazu die vorgesehene zwei Kreuzer von je 10 000 Tonnen (1928/29). Die

sich auf mehrere Jahre verteilenden Ersparnisse werden auf 110 Millionen Mark angegeben.

Der Kampf um die indische Verfassung

London, 18. Januar. Unter Führung des Abgeordneten Simon ist der englische Ausschuss für die Beratung einer neuen Verfassung für Indien von London abgereist, um in Indien die Unterlagen für die der Regierung zu machenden Vorschläge zu gewinnen. In Indien selbst hat der Widerstand noch zugenommen. In dem Ausschuss sind keine Indier als Gleichberechtigte vertreten, und doch sollten sie „mitarbeiten“. Sie empfinden es als einen Schimpf, daß das britische Parlament einen Ausschuss nach Indien sende, um die politische Reife des Volks einer Prüfung zu unterziehen. Der Führer der Swaradhisten, Motilal Nehru, erklärte, ganz Indien sei entschlossen, dem englischen Ausschuss gegenüber die erprobte Waffe der Ablehnung jeder Mitarbeit zur Anwendung zu bringen. Eine Vertreterversammlung aller indischen Parteien in Benares hat denn auch beschlossen, an dem Boykott des britischen Ausschusses festzuhalten und den Tag, wo er in Bombay landen wird, als nationalen Trauertag zu begeben. Am 12. Februar sollen weitere Kampfmaßnahmen beschlossen werden.

Es ist bemerkenswert, daß selbst Mac Donald und die englische Arbeiterpartei, sogar die Kommunisten in England sich gegen die Gleichberechtigung von Indern im Verfassungsausschuss eingesezt haben.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 18. Januar.

Der Landtag setzte gestern die Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums fort. Abg. Dr. Schumacher (S.) erklärte, der wirtschaftliche pessimismus sei nur eine Stimmungsmache der Industriellen, mit der man die Arbeiter um die Früchte der Rationalisierung bringen möchte. Abg. Adorno (Z.) besprach die schwierige Lage der Landwirtschaft, die weitgehend verschuldet sei. Wenn der Landwirt 3-4 Jahre nichts verdiene, wovon soll er dann leben? Abg. Roth (Dem.) sagte, den meisten Gewerbetreibenden müße die Herabsetzung der Staatssteuern nichts, da auf der anderen Seite die Gemeindefinanzlage erhöhet werde. Abg. Dr. Hölcher (BB.) trat für die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer ein, die man aber nicht zwingen dürfe, in eine ganz bestimmte Gewerkschaft zu gehen. Der Arbeitsfriede sei das beste für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. — Schließlich sprachen noch die Abg. Obenland (BB.), Gauß (Z.), Gengler (Z.) und Häußermann (BB.), wovon letzterer seine erste Rede hielt. Sie traten für den Ausbau der Bottwaralbahn in eine normalspurige Nebenbahn ein.

In der Sitzung am Mittwoch wurde Kap. 65 des Haushaltsplans, Zentralstelle für die Landwirtschaft, in die Beratung genommen.

Abg. Hege (BB.) spricht zur Kostlage des Weingärtnerstandes: die Regierung sollte den württ. Weinbau fördern und ihn vor übermäßiger Auslands Konkurrenz schützen.

Abg. Kinkel (Soz.) verbreitet sich über den Rückgang des landwirtschaftlichen Anbaus.

Sodann wird die Abstimmung zu Kap. 64 (Wirtschaftsministerium) nachgeholt und der Auswahlantrag angenommen, für gemeinnützige Rechtsanwaltsstellen für Arbeitnehmer 15 000 Mark zu bewilligen.

Abg. Vins (Z.): Die Verschuldung der Landwirtschaft ist bedauerlich, daß 80 Prozent der kleinen und mittleren Landwirte für sich keinen Arbeitsdienst haben. Es gibt Steuertermine ohne Zahl. Der Landwirt hat wohl keine Vermögenssubstanz erhalten, aber sie wird ihm bei der Besteuerung vielfach zur Last. Notwendig ist verbilligtes Betriebskapital. Große Teile des deutschen Volkes wissen nicht mehr, was ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Landwirtschaft ist.

Abg. Albert Fischer (Komm.) begründet einen Antrag auf Erlass der Grund- und Gebäudesteuer für die durch das schlechte Erntewetter in Not geratenen Klein- und Mittelbauern. Er beantragt ferner den Beitrag von 10 000 Mark an Kennervereine aus der Totalfaktorsteuer zu streichen.

Abg. Klein (BB.): Klein- und Großbauer, Viehzüchter und Getreidebauern haben alle die gleichen Interessen. Im großen Betrieb ist die Lage sogar noch schlimmer wegen

der Arbeiterfrage. Die Landwirtschaft kann nicht solche Löhne zahlen wie die Industrie. Vor der Aufnahme von Krediten muß man warnen. Die Verbilligung der Saatfrucht hat für den Bauern wenig Zweck. Alle Zweige der Landwirtschaft bedürfen in gleichem Maße des Schutzes.

Abg. Hermann (Z.) wendet sich dagegen, daß die Linke glaubt, den praktischen Landwirten Rathedermittelungen mitteilen zu müssen. Die Landwirte wollen Taten sehen. Das Heil kann nur vom Reichstag kommen. Die Kredite müssen wir abstoppen. Der Zinsendienst für die bereits bekommenen Kredite muß verlängert werden. Dem Landwirt fehlt auch eine Stabilisierung der Preise. Wie weiß der Landwirt, welche Preise er im Herbst für sein Getreide bekommt.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Hartmann (BB.) und Schweizer (BB.) wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Württemberg

Stuttgart, 18. Jan. Disziplinarhof für Körperverletzungsbeamte. Das Staatsministerium hat dem Oberregierungsrat Lemppenau bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung, den Oberbürgermeister Schwarz in Aalen, den Oberbürgermeister Scherer in Tübingen und den Oberamtspfleger Engler in Ludwigsburg zu stellvertretenden Mitgliedern des Disziplinarhofs für Körperverletzungsbeamte je für die Dauer ihres derzeitigen Hauptamts ernannt.

Anerkennung von Wohlfahrtspflegerinnen. Auf Grund staatlicher Prüfung sind im Kalenderjahr 1927 12 Anwärtinnen als Wohlfahrtspflegerinnen staatlich anerkannt worden.

Wechsel in der Berliner Vertretung des Deutschen Auslands-Instituts. An Stelle des ausscheidenden Vertreters Viktor Wagner hat der bisherige außenpolitische und auslandsdeutsche Redakteur der „Täglichen Rundschau“ Fritz Heinz Reinisch, die Berliner Vertretung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart übernommen.

Umwandlung des Parkhotels in ein Altersheim? Das bisherige, von 56 Insassen bewohnte Altersheim beim Leuzbad wird durch eine Verlegung bzw. Erweiterung des vorbeistehenden Kanals eine Einschränkung erfahren und einem Umbau unterzogen werden. Es ist nun, wie verlautet, vorgeschlagen worden, das Altersheim in das nahegelegene, der Stadt Stuttgart gehörige Parkhotel in Berg zu verlegen, dessen Pächterin den Vertrag gekündigt hat.

Waldbewirtschaftungsbeitrag. Das Finanzministerium hat den Waldbewirtschaftungsbeitrag auf 3,40 M je Hektar für das vom 1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928 laufende Beitragsjahr festgesetzt.

Ausdehnung der Untersuchung in der Stuttgarter Handwerkskammer-Angelegenheit. Im Verlauf der heutigen Landtagsberatung befand sich ein Schreiben der Stuttgarter Staatsanwaltschaft, worin sie mittelst, daß sie die Untersuchung der Vorgänge bei der Stuttgarter Handwerkskammer auf sämtliche Mitglieder des früheren Vorstands der Handwerkskammer ausdehne. Zu diesen Mitgliedern zählt auch der Landtagsabg. Theodor Fischer (Bürgerpartei). Die Staatsanwaltschaft bittet den Landtag um Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen ihn. Der Abg. Theodor Fischer bat seinerseits den Landtag in einem Schreiben dringend, die Genehmigung zu erteilen, damit die Sache klar gestellt werden kann. Die Angelegenheit wurde dem Geschäftsordnungs-ausschuss überwiesen.

Stuttgart, 18. Januar. Krankheitsstatistik. In der ersten Jahreswoche vom 1.-7. Januar wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeinschaftlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 19 (tödlich —), Keuchhusten (—), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfes sowie der anderen Organe 2 (22), Scharlach 18 (—), Typhus 3 (—), Spinale Kinderlähmung — (1).

Französischer Spionager Versuch. Ein württ. Reichswehrsoldat, der bezeichnenderweise bei seinen Eltern in Ludwigsbad am Rhein weilt, wurde von einem „Deutschen“ und Juden als die französische Behörde verraten und verhaftet. Er wurde scharf nach den Dienstverhältnissen usw. der Reichswehr ausgefragt, er gab aber keine oder falsche Antworten. Als die Franzosen einsahen, daß aus dem Mann nichts herauszubringen sei, schoben sie ihn in das unbesetzte Gebiet nach Mannheim ab.

Clown Teddo.

Roman aus der Zirkuswelt von Magda Trott.
Copyright by Greiner & Comp. Berlin W 30.
Nachdruck verboten.

19. Fortsetzung.

Die Vorstellung begann. Der ständige Clown sollte durch die Manege, man achtete kaum auf seine alltäglichen Späße, seine bekannten Darbietungen. Ein Dreifuß folgte, ein Trapezkünstler trat auf. Unter mächtigem Beifall verneigte er sich in der Manege, um abzugehen, da tauchte neben ihm eine neue Erscheinung auf.

Clown Teddo!

Er trägt nicht das süßliche, weithofste Clowngewand, er kam im Tüll-Eisenpiegel-Anzuge. Das eng anliegende Kleidungsstück aus Seide bestand aus einer Zusammenfügung von vieredigen Platten, in weiß, schwarz, grün und gelb. Das Gesicht war bunt bemalt, aber nicht zur Frage entstellend, ein pfiffiger Ausdruck zeigte sich dem Publikum. Der schlante, geschmeidige Körper des jungen Mannes verneigte sich mit Eleganz nach allen Seiten. Mit dem Karrenstabe, den er in der Hand hielt, grüßte Clown Teddo die Anwesenden.

Dann stand er unbeweglich und ließ sich bestaunen. Ein leises Flüstern ging durch die Reihen der Zuschauer, gar zu anmutig sah dieser Schalksnarr aus!

Zunächst begann er mit einigen gewandt ausgeführten Sprüngen, ließ sich das Einrad bringen und zeigte sich darauf in waghalsiger Weise, machte das Publikum aufhorchen mit seinem scharfen Spott und erntete schon nach den ersten Darbietungen lauten, anhaltenden Beifall.

Die Zuschauer brachen in jubelndes Gelächter aus, als Clown Teddo plötzlich auf einem anderen Einrad auf dem gepolsterten Manegebrüstung herumfuhr, mit dem Rad dann in die Manege sprang, es wieder zur Brüstung hinaufhob und nun allerhand possierliche Kunststücke darauf ausführte. Plötzlich stieß der Clown einen gelassenen Schrei aus, sprang in die Manege und laurierte sich hinter ein dort liegendes Brett.

Aller Augen richteten sich auf eine neue Erscheinung,

die jetzt mit possierlichen Sprüngen in die Manege gehüpft kam. Es war ein kleiner Teufel, der direkt aus der Hölle zu kommen schien. Hörner und Schwänzen, dazu der kleine Dreifuß gaben dem Teufelchen etwas Kriegesartiges. Er schien jemand zu suchen und schlich sich schleichlich wieder davon. Nun kam auch Clown Teddo wieder zum Vorschein und berichtete dem laut lachenden Publikum, daß auch er soeben aus dem Höllensessel käme, es habe ihm dort aber wenig gefallen, er sei entpörrungen, und nun habe Teufels Großmutter den besten Kriminalbeamten ausgeschickt, ihn zu suchen. Pipifax solle aber Clown Teddo mit lebend in die Hölle zurückbringen. Er ließe sich nicht fangen, er wolle auf der Hut sein und vor dem Teufel ausweichen. Käme ihm der kleine Bursche aber doch nahe, so stelle er sich tot, manjetot. Dann werde ihn der Teufel ruhig liegenlassen.

Zwischendurch kam eine andere Nummer, dann wieder der Clown Teddo mit einem kleinen Automobil. Verspottete wurden in die Manege gebracht, Hügel, Brücken, steile Hänge und bergleichen mehr.

Gemächlich bestieg Teddo das kleine Fahrzeug. Da rief ihm eine Kinderstimme aus dem Zuschauerraum in größter Aufregung zu: „Pipifax kommt!“

Und nun begann etwas Unglaubliches. Mit dem kleinen Auto jagte Clown Teddo durch die Manege, raste die steilen Hänge hinauf und hinab, fuhr auf der schmalen Bahn in ungehinderter Schnelligkeit, hinter ihm drein jagte der Teufel. Diese tollkühne Fahrt mit dem kleinen Wagen, die dem Fahrer in jeder Minute den Hals lösen konnte, machte die Zuschauer erzittern. Ganz plötzlich aber wurde das kleine Gefährt so stark gebremst, daß es sich um sich selbst drehte. Man sah, daß sich der Clown in dem Wagen erhob, wie er im nächsten Augenblicke darin zurückfiel, wie sich sein Oberkörper über den Rand des Wagens hinauslehnte, gleichsam, als sei er plötzlich vom Tode ertötet worden.

Da sprang auch schon der kleine Pipifax herbei, nach unter jubelndem Gelächter der Zuschauer mit dem kleinen Dreifuß an Clown Teddo herum, rüttelte ihn stark, holte sogar ein Kieselsteinchen heraus, rief dem anscheinend Toten das Gesicht und erklärte den Zuschauern, seine Mitteilchen heißen doch nichts, der Schurke habe sich zu Tode

gefährdet. Noch ein Weisthen hielt er bei dem Verlorenen Wade, dann ging er leise jammernd ab.

Aber kaum hatte er die Manege verlassen, als sich der Clown wieder aufrichtete und unter lautem Lachen der Zuschauer seine Fahrt im Auto, allerdings gemäßigt, fortsetzte.

Er hatte gegiegt. Das Publikum verlangte nach der nächsten Nummer erneut stürmisch nach Clown Teddo und dem kleinen Teufel. Und nun begann eine zweite Jagd, die damit endete, daß Clown Teddo den Teufel auf seinem eigenen Dreifuß aufspießte. Es war eine geschickte Jongleurleistung. Der mittlere Balken brühte sich ein, beschädigte den Knaben nicht, die beiden anderen aber waren sicher und fest durch die seitlichen Watterungen des Tritotanzes hindurchgestoßen. Nun zappelte der kleine Pipifax auf der Gabel, die Clown Teddo über die Schulter nahm, als er unter rauschendem Beifall die Manege verließ.

Als das Publikum an diesem Abend den Zirkus verließ, war der Name des neuen Clowns in aller Munde. Was der geboten hatte, war etwas ganz anderes als das was sonst von einem Hanswurst zu sehen bekam. Diese wahnstunige Fahrt in dem kleinen Automobil war geradezu nervenzerrütend. Niemand ahnte, daß tatsächlich ein Buwühlföster in dem Fahrzeuge gelegen hatte und daß Gut Halbe, der die Rolle des Teufels übernommen hatte, voll innerer Sorge seinem geliebten Meister Stirne und Schläfen gerieben hatte, denn nur er allein wußte um das Leiden des geliebten, väterlichen Freundes.

Au den nächsten Abenden bot Diden der Menge immer mehr Neues. Seine Darbietungen wurden zu eigenen Nummern, waren keine Zwischenunterhaltungen mehr, wieder wurde die Sprate aufgebaut, allerdings in anderer Form als früher, damit man in Clown Teddo nicht Arnc Liden erkennen sollte. Schiffsfahrten führte er aus, Radsprünge, selbst Sprünge mit dem kleinen Auto schloß nicht. Vom Teufel gehegt, wagte er das Tollkühnste.

Dann freilich kam es auch einmal vor, daß Clown Teddo in dem Augenblicke, da er oben in der Ruppel, der Zirkus stand, plötzlich zusammensank.

(Fortsetzung folgt.)

Plakatwettbewerb. In dem Wettbewerb zur Gewinnung eines Plakats für das Stuttgarter Planetarium hat das Preisgericht am 17. d. M. die Entscheidung getroffen. Je einen Preis von 900 M erhalten Eberhard Oberfürstheim und Gustav Jourdan, Kunstgewerbeschule Stuttgart, einen Preis von 400 M Walter Renz, Sohn, Stuttgart. Acht Entwürfe sollen zu je 100 M angekauft werden von folgenden Verfassern: Adolf Straub, Hermann Müller junior, Hermann Saule, G. Hoffmann, Alfred Klemm, Karl Keibel, E. Kimmeler und Robert Henry.

Israel. Landesversammlung. Die Tagung der Israel-Landesversammlung findet am 5. Februar, vormittags, und 6. Februar im Sitzungszimmer des Württ. Wirtschaftsministeriums statt.

Aus dem Lande

Schwaikheim O. Waiblingen, 18. Jan. Winterobstjahren. Der Obstbauverein Schwaikheim hält zurzeit im Gasthof zum Löwen eine Winterobstschau ab. Bei der Eröffnung der Ausstellung am 15. d. M. hielt Landwirtschaftsrat Winkemann von der Württ. Landwirtschaftskammer einen lehrreichen Vortrag über „Sortenwahl im Obstbau“. Als Grundsatz wurde aufgestellt: Beschränkung auf wenige, aber widerstandsfähige und marktsfähige Sorten. Der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein zeigte durch eine wohlgehaltene Ausstellung die Verwertung des Obstes im Haushalt.

Leinfelden O. Stuttgart, 18. Jan. Billiges Schweinefleisch. Da gegenwärtig die Preise für Schweine sehr niedrig sind, haben sich in letzter Zeit einige hiesige Bürger entschlossen, ihre fetten Schweine zu Hause schlachten zu lassen, um nicht ganz mit Verlust zu arbeiten. Sie verkaufen das Pfund zu 1 M. Dies nimmt aber einer von den beiden hiesigen Metzgern sehr übel, er ließ nämlich sofort bekanntmachen, daß bei ihm das Pfund nur 90 Pfg. koste.

Cauffen a. N. 18. Jan. Altersveteranen. Hier darf sich eine Reihe Personen der Erreichung eines hohen Alters erfreuen. Frau Joos, Nagelschmieds Witwe, zählt 94 Jahre, Gottfried Wülfinger und Christian Schäffer, früherer Leichenansager, stehen im 91., Louis Stolpp, Seiler, im 90. Lebensjahr.

Freudenstadt, 18. Jan. Friedrich-Ebert-Straße. Der Gemeinderat beschloß, die Hochstraße von der Lauterbadstraße nach dem Kienberg in Friedrich-Ebert-Straße umzubenennen.

Der seit Samstag vermisste Färbermeister Rühlmann ist gestern im Walde tot aufgefunden worden.

Klingenberg O. Brackenheim, 18. Januar. Ortsvorsteherwahl. Am letzten Sonntag wurde der neue Ortsvorsteher gewählt und zwar Verwaltungsrat Ernst Sommer aus Pfaffenhofen. Von den 343 abgegebenen Stimmen erhielt er 292, Vink aus Hausen a. J. erhielt 40 Stimmen, 4 waren ungültig.

Heilbronn, 18. Jan. Ein Schwindler. Der 25 J. alte Kaufmann Rudolf Hettwig aus Stuttgart hatte sich verschiedenen Industriedirektoren gegenüber als Kunstmalers Stump ausgegeben und gesagt, daß er für eine Stuttgarter Zeitung zu zeichnen habe. Nach Fertigung von Skizzen ließ er sich Vorhänge geben. Er betätigte sich hauptsächlich in Mühltaler, Höppingen und Weislingen. Der Angeklagte erhielt 6 Monate Gefängnis.

Comersheim O. Maulbronn, 18. Jan. Erbsenkung. Am Bewand „In der Au“ in der Nähe des Fußwegs nach Mühltal erfolgte im Ackerboden eine Erbsenkung; sie beträgt 22 Meter, davon 18 Meter Wasserstand. Der Durchmesser des Lochs beträgt 13 Meter. In dem Wasser kochte und zischte es. Der Boden besteht aus Kalk und läßt sich die Erscheinung wohl durch Einbringen von Wasser erklären.

Hall, 18. Jan. Aus dem Gefängnis ausgebrochen. Der verwegene Bauernhauseinbrecher Weber, der seinerzeit bei Gmünd in einer Fichtenkultur ein Räuberlager mit allerhand Diebesbeute errichtet hatte, ist unter sehr erschwerenden Umständen aus dem Landesgefängnis ausgebrochen. Weber ist ein Bursche im Alter von 25—30 Jahren. Er hat in der gleichen Nacht bei Untermühlheim zwei Einbrüche verübt und trägt einen gestohlenen Anzug.

Craikheim, 18. Jan. Einträglicher Bettel. Daß das Betteln noch immer nicht die schlechteste Beschäftigung ist, konnte dieser Tage wieder bei einem noch nicht 22jährigen Burschen festgestellt werden. In nicht ganz 2 Stunden gelang es ihm, nahezu 4 M. zusammen zu fischen. Die Mithätigkeit vieler Leute wird hier geradezu zu einer Gefahr für junge Menschen, die einmal aus dem Gleis geordneter Verhältnisse geworfen, durch solchen mühseligen Verdienst nur schwer wieder den Weg zur Arbeit finden.

Alb O. Raitingen, 18. Jan. Brand. Montag abend brannte das Doppelwohnhaus des Georg Laug und der Sophie Merkle Witwe aus unbekannter Ursache vollständig ab.

Tübingen, 18. Jan. Verhaftet. Schon vor einiger Zeit wurde der angebliche Organisator Josef Müller, wohnhaft Pfleghofstr. 13, verhaftet. Müller, der bald da, bald dort auftauchte, war angeblich für den „Deutschen Pilotenklub E. B.“ tätig, gründete Ortsgruppen und veruntreute die von ihm kassierten Mitgliedsbeiträge. Auch schädigte er verschiedene Geschäfts- und Privatleute um sehr ansehnliche Beträge und in rücksichtsloser Weise. Müller wurde in Reutlingen verhaftet.

Walldorf O. Nagold, 18. Januar. Seltsamer Unfall. Bei einem Hustenanfall lösten sich bei einem hiesigen Bürger zwei eingesezte Zähne und blieben in der Speiseröhre stecken. Der Bedauernswerte mußte sich sofort in die chirurgische Klinik nach Tübingen begeben, wo ihm die Zähne in den Magen beibrüht werden konnten. Es wurde dann eine Magenoperation vorgenommen.

Rottweil, 18. Januar. Vom Auto überfahren und getötet. In der Tuttlingerstraße wurde in der Nähe der Einmündung der Lindenstraße das 6jährige Entlein der Witwe Löffler, der Knabe Ernst Seiler, von einem Döhlinger Auto überfahren und getötet. Die Schuld scheint das Kind selbst zu treffen.

Caupheim, 18. Januar. Bau einer landwirtschaftlichen Schule. Nachdem sämtliche Städte des Oberlands ihre landwirtschaftliche Schule haben, soll auch Caupheim eine solche bekommen. Bis jetzt ist noch nicht entschieden, ob die Amiskorporation oder die Stadt baut. Letztere hat einstweilen den alten Turnplatz an der Ulmerstraße als Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Allgemein wünschte man auch eine landwirtschaftliche Frauenarbeitschule mit Kochunterricht in dem neuen Gebäude unterzubringen.



Generaldirektor Dr. h. c. Friedrich Neumann-Reichardt, der Begründer des Reichardtwerks in Hamburg-Wandsbek, vollendet am 19. Januar in ungewöhnlicher Rüstigkeit sein 70. Lebensjahr. Seinen genialen technischen Erfindungen und volkswirtschaftlichen Grundsätzen verdankt die deutsche Kaka- und Schokoladenindustrie wesentlich mit ihre heutige führende Stellung in der Welt.

Schorndorf, 18. Jan. 75. Geburtstag. In voller geistiger und körperlicher Rüstigkeit darf heute Stadtpfarrer a. D. Friedrich Köster im Kreise seiner Familie den 75. Geburtstag feiern.

Ludwigsburg, 18. Januar. Grabfund. In einer Lehmgrube bei Hoheneck wurde am 10. Januar ein menschliches Skelett gefunden. Das Skelett war mit kopfgroßen Steinen umbaut und zugedeckt. Landeskonservator Dr. O. Paret ist der Ansicht, daß das Grab aus dem Frühbronzezeitalter, etwa 2000—1800 v. Chr. stammt.

Erlingen O. Riedlingen, 18. Januar. Brandstiftung. In der Nacht auf Sonntag brach in einer unteren Kammer im „Adler“ hier Feuer aus. Unter Mithilfe der Feuerwehr konnte der Brand gelöscht werden, so daß der Besitzer vor größerem Schaden bewahrt wurde. Da ein starker Benzingeruch bemerkt wurde, vermutete man sofort Brandstiftung. Eine vorgefundene Mäße, mit F. B. gezeichnet, gab auch bald den Wegweiser zu dem Brandlegter. Ebenso hatte man Verdacht auf den nach Stuttgart verzogenen früheren Besitzer des Adlers, Otto Joll. — Der Eigentümer der Mäße, Fridolin Fiederer aus Erlingen, reiste, wie er bereits eingestand, im Auftrag des Otto Joll am letzten Samstag mit einer Kanne Benzin von Stuttgart nach Erlingen, um den Brand zu legen. Da Joll noch Möbel in dem Haus hatte, wollte derselbe dadurch in den Besitz einer Brandversicherungsprämie gelangen.

Hörsing O. Saulgau, 18. Jan. Brand. In der vergangenen Nacht brach in dem Dekonomiegebäude des Domänenpächters Gustav Stehle Feuer aus, das von der Ortswehr auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Große Heu- und Dehmvorräte, sowie zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen, u. a. auch eine dort aufgestellte Dreschmaschine, sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Der Schaden dürfte zum größten Teil durch Versicherung gedeckt sein. Brandursache noch unbekannt.

Von der bayerischen Grenze, 18. Jan. Eine unangenehme Erbschaft. Die Bayerische Kupferfabrik Lauringen (Gründer Karl Josef Schmid), die im Frühjahr 1925 infolge ihrer finanziellen Verpflichtungen der Stadt Sparlake gegenüber in den Besitz der Stadt Lauringen überging und seit dieser Zeit das Sorgentind der Stadt bildete, wurde nach langen Verhandlungen von Fabrikbesitzer Wilhelm Ködel, Besitzer der Maschinenfabrik Ködel u. Böhm in Lauringen, angekauft. Als Kaufpreis werden 155 000 M. genannt, wobei die Maschinen usw. nicht einbezogen sind.

Vom Ries, 18. Jan. Eine Diebesbande. In Wallerstein hat in letzter Zeit eine oriskundige Diebesbande ausgiebige Arbeit geleistet. Ihr erster Besuch galt der Konditorei Johann Feldmeier, wo sie reiche Beute machten. Ferner wurde in der gleichen Nacht im Spezereigäßchen Bülser und bei Uhrmachermester Jakob Manz eingebrochen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Vom Bayerischen Allgäu, 18. Januar. Vor der Hinrichtung. Das Gnadenstück des Doppelmörders Uhlmayer, der im Gefängnis in Kempten inhaftiert ist, wurde vom bayerischen Gesamtministerium abschlägig beschieden. Uhlmayer wird also innerhalb 48 Stunden hingerichtet.

Aus Bayern, 18. Jan. Für böswillige Mieter. Der Stadtrat in Landsbut hat die Anschaffung von vier Eisenbahnwagen für böswillige Mieter beschlossen.

Sigmaringen, 18. Jan. Geschenkt. Fürst Egon zu Fürstenberg in Donaueschingen hat der Stadt Sigmaringen für das neue Rathaus zwei Pastellbilder von Kunstmalers Mezzger überreicht. Ueberlingen überreichten die Bilder stellen die Orte Berenwag und Wildenstein zur Herbstzeit dar.

Hehingen, 18. Jan. Eine seltene Begebenheit. Kürzlich wurde an einem Kirchplatz ein Bussard gefangen. Es dauerte nicht lange, so konnte beobachtet werden, wie ein Artgenosse seinen Kameraden schröpfte und bis aufs Skelett auftraß. Ein sonderbares Erlebnis, vom Artgenossen verzehrt werden zu müssen. Einige Tage darauf fing sich auch der Brudermörder und mußte seine Tat mit dem Tod büßen.

Baden

Mannheim, 18. Jan. Nach nahezu zwei Monaten konnten jetzt bei dem niedrigen Wasserstand des Neckars die beiden Pferde mit der Pritsche des Feudenheimer Landw. Georg Heckmann, die infolge Scheitens über die Feudenheimer Fähr in den damals hochgehenden Neckar sprangen, herausgezogen werden. Die schon stark in Verwesung über-

gegangenen Pferde waren noch an der Pritsche angehängt und hatten noch das ganze Geschirr auf sich.

Königshofen bei Tauberhofsheim, 18. Jan. Am Samstag konnte die Leiche des 18 J. a. Karl Weyer, der vor etwa acht Wochen bei dem schwarzen Hochwasser der Tauber ertrunken ist, aufgefunden und beigelegt werden.

Willingen, 18. Jan. Zwei hiesige junge Leute, die sich kürzlich einem Willinger Geschäftsmanne gegenüber als Kriminalbeamte aus Stuttgart ausgegeben hatten und wiederholt Geldbeträge erpreßten, wurden vom Schöffengericht Konstanz wegen Amtsnahmung und Erpressung zu vier bzw. zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ueberlingen a. S., 18. Jan. Die Arbeiter in der Grabenbergrstraße stießen bei Grabarbeiten für die Gasrohrleitung auf einen unterirdischen Gang. Wie die Untersuchung ergab, führte dieser in ost-westlicher Richtung gegen das Münster. Von einem bekannten Gang, der seinen Eingang im Keller der Gewerbeschule hat, stieß man auf diesen neuen Gang, und zwar liegt der alte Gang unter dem neuentdeckten und führt nach einer Spitzlehre in den neuen Gang. Die Gänge haben allerdings eine Verbindung nur infolgedessen, als ein Loch im Boden des neuen Ganges den Eintritt in den alten ermöglicht.

Müllheim, 18. Januar. An der elsässischen Grenzstadt Neuenburg wurden 7 Fremdenlegionäre deutscher Nation den deutschen Behörden übergeben. Am nächsten Tage kamen noch 2 weitere hinzu. Wenn nichts gegen die Fremdenlegionäre deutscherseits vorliegt, so werden dieselben auf freien Fuß gesetzt.

Auf dem am Montag abend kurz vor 7 Uhr in Müllheim eintreffenden Personenzug wurde unter dem Bremserhäuschen auf einem Brett mehr liegend als sitzend zwischen den Puffern ein 15 J. a. Junge aufgefunden. Er wollte schwarz von Basel nach Frankfurt fahren, wo er angeblich eine Lunte hat. Es fehlten ihm jegliche Geldmittel. Der Körper des Jungen war von der Kälte schon so erstarrt, daß er sich nicht auf den Füßen zu halten vermochte. Er wurde wieder nach Basel zurücktransportiert.

Notiales.

Wildbad, den 19. Januar 1928.

Gründung des Unteren Schwarzwald-Nagold-Turngaues. Dreißig Jahre sind verflossen, seit die Turnvereine des Oberamts Neuenbürg sich vom Nagoldgau trennten, um den Unteren Schwarzwaldgau zu gründen. Nach dem Kriege hat sich nun die wirtschaftliche Lage derart gestaltet, daß kleinere Organisationen und Verbände, besonders aus finanziellen Gründen, kaum lebensfähig sind. Da außerdem die geographische Lage der einzelnen Gaue des XI. Turnkreises, Gau Schwaben, berücksichtigt werden sollte, haben schon vor längerer Zeit die beiden Gauleitungen sich mit dem Gedanken befaßt, sich wieder zu vereinigen, um so zum Wohle der deutschen Turnsache ein großes Ganzes zu bilden. Am vergangenen Samstag-Abend trafen sich nun die Ausschussmitglieder beider Gaue im Gasthof zum Hirsch in Liebenzell; um in einer gemeinsamen Sitzung den Grundstein für einen neuen Zusammenschluß zu legen. Gauvertreter Prof. Calw begrüßte die erschienenen Turnfreunde aufs herzlichste und wünschte den nun folgenden Verhandlungen einen harmonischen Verlauf. Gemeinderat Essig, Bad Liebenzell, entbot im Namen der Stadtverwaltung herzliche Willkommgrüße an die Versammlung und brachte zum Ausdruck, daß es für die Stadt Liebenzell eine Ehre sei, wenn die Zusammenschlußverhandlungen mit gutem Erfolg hier stattfänden. Hierauf ergriff der frühere Gauvertreter des Unteren Schwarzwaldgaues, Strohmaier-Schwann (jetzt in Höppingen) das Wort und trug vor, daß noch zu Lebzeiten unseres allzu früh verstorbenen Gauvertreters Staudenmeyer die Verschmelzungsfrage des öfteren angeregt wurde und sicherlich schon früher zur Tat geworden wäre. Nach kurzen Verhandlungen waren sich die Ausschussmitglieder beider Gaue über den Zusammenschluß einig mit dem Gedanken, den nun neu zu gründenden Gau als „Unterer Schwarzwald-Nagoldturngau“ zu benennen und denselben in einen oberen und unteren Bezirk einzuteilen. Nach Festlegung eines entsprechenden Arbeitsprogramms und Aufstellung neuer Statuten wurde die Tagung in ziemlich später Stunde abgebrochen und am Sonntag vormittag fortgesetzt. Es hatten sich dazu im „Lamm“ etwa 150 Turner und Vertreter eingefunden, darunter Kreisvertreter Hegeler und die beiden seitherigen Gauvertreter Strohmaier und Prof., ferner der Vertreter der Turnvereine des Oberamts Horb, A. Eder, vom Turn- u. Sportverein Horb. Kreisvertreter Hegeler überbrachte die Grüße des XI. Kreises Schwaben mit dem Wunsche, es möge in alter turnerischer Freundschaft der Nagold- und Untere Schwarzwaldgau wieder vereinigt werden zum Wohl und Segen der Deutschen Turnerschaft. Eder-Horb wünschte den Einschuß auch der Vereine des Oberen Nagoldgaues mit dem neuen Gau mit der Bitte, man möge den neuen Gau in drei Bezirke einteilen. In Anbetracht der geographischen Lage des Horber Bezirkes konnte man sich aber nur für die Einteilung des neuen Gaues in zwei Bezirke entschließen, um besonders in technischer Hinsicht an Kräften zu sparen. Einstimmig wurde nach verschiedenen Ausführungen der Zusammenschluß der beiden Gaue beschlossen. Nachmittags begann der erste gemeinschaftliche Gaultag des Unteren Schwarzwald-Nagold-Turngaues in demselben Lokal, das voll besetzt war. Ehrengauvertreter Strohmaier-Schwann begrüßte mit herzlichen Worten die erschienenen Vertreter und Turnfreunde der 41 Gauvereine und eröffnete die Tagung mit dem alten Turnlied „Turner auf zum Streite“. Er warf einen kurzen Rückblick auf die Vorverhandlungen, die nun zu dem erstrebten Ziel geführt haben, und sprach die Hoffnung aus, daß der Zusammenschluß in echt turnbrüderlicher Weise dazu beitragen möge, den großen Zielen der Deutschen Turnerschaft näher zu kommen. Kreisvertreter Hegeler gab seiner Freude Ausdruck, daß neue Mittel und Wege gefunden seien, die Gaue nach ihrer Lage passend zu verbinden und dem neuen Gau den Namen „Unterer Schwarzwald-Nagold-Turngau“ zu geben. Ehrend gedachte er der alten Turnbrüder Zapp und Frommer-Calw, welche schon vor 30 Jahren mit den Turnbrüdern des Unteren Schwarzwaldgaues turnten. Unter Hinweis auf die Worte „Großes Werk gedeiht nur durch Einigkeit“ soll nun der neue Gau in die Lage ver-

fehlt werden, auch für das kommende Deutsche Turnfest in Köln seine Turner und Turnerinnen zu stellen, um siegesgeschmückt von dort zurückzukehren. In längeren Ausführungen gab er noch ein Lebensbild des vor kurzem so rasch dahingegangenen Oberturnwarts der Deutschen Turnerschaft, Studentenrat Max Schwarze-Breslau, in dessen Händen die turnerischen Vorbereitungen für Köln lagen. Nach Begrüßungsworten von Vorstand Wicker-Viebzell erfolgte mit allen Stimmen der offizielle Zusammenschluß beider Gauen. Vorstand Bogt-Obernhäusen bat die Gauleitung, sie möge zwecks späterer Aufnahme von Vereinen in den Gau mit dem Turnverein Birkenfeld Fühlung nehmen. Die vom Gauvorstand Proß verlesenen neuen Gaugeschäftungen fanden einstimmige Annahme, ebenso der Antrag des Turnvereins Obertalheim, Gauehrendbriefe zu verteilen. Ueber das Ergebnis der Wahlen haben wir schon berichtet. Der Gauebeitrag wurde auf 1.60 festgesetzt einschließlich Kreisbeitrag, Unfallversicherung usw. Von der Aufstellung eines ins Einzelne gehenden Arbeitsplanes wurde Abstand genommen. Vorgesehen sind am 6. Mai Gauwanderung, 19. August Gauturnfahrt nach Schwann, 14. Oktober großer Kreistag in Calw. Neu aufgenommen wurde der Turnverein Salzletten, Ob. Horb. Ehrengauturnwart Strahmaier dankte noch einigen bewährten Turnfreunden seines früheren Unteren Schwarzwaldgauen. Nach Erledigung weiterer kleiner Angelegenheiten wurde der erste gemeinsame Gautag mit dem Wünsche geschlossen, der neue Gau möge in Zukunft blühen und gedeihen. — Den Schlußworten von Kreisvertreter Hegele und Gauvorstand Proß folgte der gemeinsame Gesang des Liedes „Ein Ruf ist erklingen“.

Reise ohne Bargeld. Vor einigen Jahren hat das amtliche Mitteleuropäische Reisebüro (M.E.R.) Zirkular-Kreditbriefe, die sog. M.E.R.-Reisekreditbriefe herausgegeben, die beim reisenden Publikum große Beliebtheit erlangt haben,

da sie dem Reisenden die Sorge um einen Verlust des Geldes abnehmen. Die Sicherheit dieser M.E.R.-Reisekreditbriefe ist vollkommen, da in sämtlichen Fällen, in denen Kreditbriefe gestohlen wurden, das M.E.R.-Reisebüro vollen Ersatz geleistet hat. Der Kreis der Einlösestellen für diese M.E.R.-Reisekreditbriefe, der bisher bereits ungefähr 600 Zahlstellen umfaßt, und zu denen auch die Ueberseesdampfer der Hamburg-Amerikanische und der Norddeutsche Lloyd gehören, ist neuerdings erheblich erweitert worden. Die Kreditbriefe werden jetzt auch in ungefähr 600 Hotels des In- und Auslands in Zahlung genommen. Dadurch braucht der Reisende auch zur Begleichung der Hotelrechnung kein Bargeld.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Schwarzwald-Bergbahn. Die Erbauung einer Bergbahn auf den Schwarzwald bei Freiburg i. B. ist gesichert. Die zum Bau noch fehlenden 120 000 Mark sollen durch Begebung von Aktien aufgebracht werden.

Eine Tropfsteinhöhle entdeckt. Bei Langenhardt, bad. Amts Meßkirch wurde eine Felsenhöhle entdeckt, in der man in 17 Meter Tiefe Tropfsteingebilde von ansehnlicher Größe fand.

Ein Feiß-Planetarium für Rom. Mussolini hat für das Nationalinstitut Luca in Rom bei der Feiß-Stiftung in Venedig ein Planetarium bestellt.

Das Karnivalsverbot in Berlin wurde aufgehoben. Demnach sind alle Karnivalsveranstaltungen, Umzüge, Verkleidungen, Singspiele usw. auf den Straßen wieder gestattet.

Das bolschewistische „Todesurteil gegen den Papst“ soll nach einer Meldung der Telegraphenagentur des Rätebundes ein böswilliger Scherz sein; Stalin habe nie ein solches Urteil unterzeichnet. — Dies trifft wohl zu; einem Stalin wäre eine solche Verfliegenheit nicht zuzutrauen. Den römischen Nachrichten zufolge ist das „Todesurteil“ schon vor einigen Jahren ausgefertigt, als Stalin noch nicht an der Spitze des Rätebundes stand.

Der Fürst von Monaco wird sich mit Fräulein Annie Morgan, der Tochter des bekannten New Yorker Bankiers Pierpont Morgan, verheiraten. Er ist in Begleitung seines Sohns und seiner Tochter nach New York abgereist.

Kostspielige Sorglosigkeit. Zwei Herren, ein Fürst und ein Graf, saßen abends vor einem Weinrestaurant in der Glückstraße in München drei Stunden lang ein Auto unbewacht stehen. Es wurde daraus ein Lederkoffer mit Schmuckstücken im Werte von 30 000 RM. gestohlen.

Verurteilung eines Vatersmörders. Das Schwurgericht Karlsruhe verurteilte den 22-jährigen Zigarrenmacher Josef Haag aus Kirnach bei Bruchsal zu 11 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Haag hatte am 2. Okt. v. J. seinen Vater ohne jeden Grund erstochen.

Einer der größten Heiratschwindler der Neuzeit wurde kürzlich in Wien entlarvt. Es ist der jetzt 50-jährige Graf Erasmus Vassegg, der sein schändliches Gewerbe schon seit 30 Jahren betreibt. Die Untersuchungsbehörde stellte bis jetzt fest, daß mehrere hundert Damen dem Schwindler zum Opfer gefallen sind, viele hat er um Hab und Gut gebracht. So hat er einer Fabrikantenwitwe 100 000, einer andern 120 000 Mark entlockt. Ein 18-jähriges Mädchen ging im vorigen Jahr in den Tod, nachdem der Gauner sie um ihr Vermögen und ihren Familienschmuck gebracht hatte. Bei seiner Verhaftung trug er 18 000 Mark bei sich, die er tags zuvor von einer Dame erhalten hatte, die sich in den Kopf geschossen hatte. „Gräfin“ Vassegg zu werden. Der Schwindler arbeitete in Deutschland und Oesterreich. Sein Unwesen konnte er so lange treiben, weil die Betroffenen sich scheuten, Anzeige zu erstatten.

Eine Deutsche ermordet. In Gent (Belgien) ist ein deutsches Dienstmädchen namens Wilhelmine Schröder von einem Marokkaner erstochen worden.

Wirbelsturm. Die Ortschaften Azul und Liberia in der argentinischen Provinz Buenos Aires sind durch einen Wirbelsturm zerstört worden. Ganze Straßenzüge wurden in Trümmer gelegt.

Auf die am Rathause angeschlagene Bekanntmachung über die Einspruchsfrist gegen die Gewerbesteuer-Beranzlagung für das Rechnungsjahr 1927 wird hingewiesen. Stadtschultheißenamt.

Ihr Kind hustet nicht mehr! verwenden Sie rechtzeitig Fenchelhonig, Spitzwegerichsaff, schwarzen Johannisbeersaft, hustenstillende und schleimlösende Arzneikräuter der Eberhard-Drogerie, Inh. Apotheker Plappert.

Waldflora

Die bekannten giftfreien Naturprodukte (kein Tee) sind in folgenden Nummern erhältlich:

Bei: Nicht, Halbes, Rheuma, Ischias, Adernverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, off. Beinen, Kopfschmerzen, Abspannung, Blutreinigung	W. Nr. 0
Zuckerkrankheit	W. Nr. 1
Nierenleiden	W. Nr. 4
Lungenleiden, Asthma	W. Nr. 5
Gallensteine	W. Nr. 8
Magen- und Darmleiden	W. Nr. 9
Nerven- und Herzstörungen	W. Nr. 10
Stuhl-Störungen	W. Nr. 11
Fettlöslichkeit	W. Nr. 11

Klempackung 1.70 RM. — Kur für 4 Wochen 2.— RM.
Verkauf in Apotheken, Drogerien u Reformhäusern. Verlangen Sie dort unsere neue populäre, wissenschaftlich abgefaßte 48seitige illustrierte Broschüre „Wunder im Menschen“, welche Aufklärung darüber gibt, warum „Waldflora“ erfolgreich ist.
Hersteller: Georg Rich. Pflug & Co., Gera-Thür.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für die Frühjahrsvoranlage 1928.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sind in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1928 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Vordruck zugesandt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz und Umsatzsteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Vordrucke vom Finanzamt anzufordern.

Neuenbürg, im Januar 1928. Das Finanzamt.

Geld auszuleihen!

Wir haben nachstehende Kapitalbeträge gegen I. und II. Hypothek l. A. zu vergeben:

3 × 500.—	12 × 1000.—	2 × 1200.—	6 × 1500.—
8 × 2000.—	2 × 2500.—	2 × 3000.—	5 × 3500.—
5 × 4000.—	1 × 4500.—	7 × 5000.—	3 × 6000.—
1 × 7000.—	1 × 8000.—	1 × 9000.—	5 × 10000.—
3 × 12000.—	1 × 20000.—	3 × 25000.—	1 × 30000.—

und 1 × 40000.—
Gesuche, denen Schätzungsurkunden beigelegt sein müssen, erbeten an
Alber & Co., G.m.b.H. in Stuttgart
Schellingstraße 15. Telefon 221 48/49.

Musik-Verein Wildbad.

Am Samstag den 21. Januar 1928, abends 8 Uhr, findet im Hotel Wildbader Hof die alljährliche

General-Versammlung

statt, wozu wir unsere Mitglieder hiemit einladen, mit der Bitte um recht zahlreichste Beteiligung.

Schriftliche Anträge sind an den 1. Vorsitzenden bis Freitag den 20. Januar 1928 einzureichen.

- Tagesordnung: 1. Sitzungen.
2. Geschäfts- und Rechenschaftsberichte.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Samstag den 21. Januar, 8 Uhr abends
in der städtischen Turn- und Festhalle

Lichtbildervortrag

„Der Schwarzwald und sein Leben“

Mit vielen Neuaufnahmen • Von Karl Blumenthal
Redner: Herr Karl Bühler-Pforzheim

Eintritt 50 Pfg. — Kartenvorverkauf bei G. Riexinger, Buchbinder
Numerierte Plätze 1 Mark



Des Jahres billigste Kaufgelegenheit ist da. — Nach beendeter Inventur stellen wir große Warenposten zu sehr stark herabgesetzten Preisen zum Ausverkauf . . . Wir nennen keine Preise. Besichtigen Sie unsere Lagerräume und Sie haben die Ueberzeugung, daß Sie trotz bequemer Teilzahlung sehr billig einkaufen!

Auf Kredit

Herren- und Damen-Bekleidungshaus Helios G.m.b.H.
PFORZHEIM Metzerstraße 14
STUTTGART Friedrichstraße 41

LUGER

Früh eingetroffen:

Rabeljan	Pfd. 35 Pfg.
Frühe	
Büchlinge	Pfd. 55 Pfg.
Kieler	
Sprossen	1/2 Pfd. 40 Pfg.
Schönes	
Rotkraut	Pfd. 22 Pfg.
sowie	
Kopfsalat	
und	
Blumentohl	

Geschäftshaus

in der Wilhelm-Straße unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Anfragen sind zu richten unter N. S. 66 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Cirka 80—100 Ztr. Heu und Dohnd

werden auch in kleinen Quantitäten abgegeben. Von wem, sagt die Tagblattgeschäftsstelle.



Heute abend
Ausschuß-Sitzung
in der „Eintracht“.
Der Vorstand.

Visitkarten

liefert in kürzester Frist die Buchdruckerei ds. Bl.

